

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis 1500 M. pro Vierteljahr. — Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: R. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Römischen Park 2.

Inserate: Die Gespaltene Anzeigenzeile oder deren Raum 2000 M.
Arbeitervermittlungen 1000 M. pro Zeile.
Verbandsanzeigen 100 M. pro Zeile.

Wetterzeichen.

Die Tagespresse hallt wider von Berichten über kommunistische Unruhen im Ruhrgebiet. Noch ist es schwer, sich ein vollständiges Bild von den tatsächlichen Vorgängen zu machen, nur soviel steht fest, daß es in verschiedenen Städten des Ruhrgebietes zu gefährlichen Zusammenrottungen gekommen ist, und daß es ernste Zusammenstöße gegeben hat, bei denen Blut geflossen ist; es wird von Toten und zahlreichen Verwundeten berichtet. Ob es sich dabei um eine kommunistische Aktion handelt, wie von der einen Seite behauptet, von der anderen bestritten wird, kann dahingestellt bleiben. Aus der Menge der sich widersprechenden Berichte über die Einzelheiten läßt sich auch schwer der wahre Kern herauschälen. Wichtiger als die Vorgänge selbst sind aber ihre Ursachen, und diese liegen ziemlich deutlich zutage.

Die Ursache ist offensichtlich die große Not der arbeitenden Bevölkerung. Die Reichsregierung hat die zusammenbrechende Mark stützen wollen. Von dem Preisabbau, den sie empfohlen hat, hat man nicht viel gemerkt, mit um so größerer Begeisterung folgten die Unternehmer der von der Regierung ausgegebenen Parole, mit den Lohnerhöhungen einzuhalten. Dabei ist von einer wirklichen Erhöhung der Löhne schon lange nicht mehr die Rede. Nur in starkem Abstand folgten die Löhne den davonrennenden Preisen der Lebensbedürfnisse. Dieser Bewegung der Löhne, nicht der Preise, wurde plötzlich Halt geboten.

Es hätte der Anregung der Regierung nicht bedurft. Als infolge der Ruhrbesetzung und der bald danach einsetzenden Stützungsaktion die Arbeitslosigkeit sich verminderte, die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter unheimlich anstieg, da sahen gar viele Unternehmer die Zeit gekommen, die ohnehin zu niedrigen Löhne noch weiter zu kürzen. Nicht nur, daß sie eine weitere Annäherung der Löhne an die Lebenshaltungskosten ablehnten, verschiedentlich wurde sogar versucht, die jämmerlich niedrigen Nominallohne noch abzubauen. Diese Tatsachen haben den in der Arbeiterschaft ohnehin vorhandenen Groll gesteigert; noch mehr der Umstand, daß die Regierung in dieser lebenswichtigen Frage so einseitig gegen die Arbeiter Partei nahm. Wurden doch sogar die sogenannten zentralen Schlichtungsstellen angewiesen, keine Entscheidungen zu treffen, die den Arbeitern eine Steigerung des Nominallohnes brachten. Daß solche Anweisungen Beachtung fanden, haben die Arbeiter manchmal schmerzlich empfunden, und ihr ohnehin geringes Vertrauen zur Reichsregierung hat dadurch keine Steigerung erfahren.

Die Marktstützungsaktion ist nur zu schnell zusammengebrochen, dank dem Eigennutz der Kapitalisten, die dem Rate der Regierung, die Löhne niedrigzuhalten, so begeistert gefolgt waren. Der Dollar begann zu klammern, mit immer größerer Schnelligkeit, und er hat den höchsten Stand, den er Ende Januar erklommen hatte, weit überschritten. Mit dem Dollar stiegen die Preise. Nach den Berechnungen der „Industrie- und Handelszeitung“ betragen die Lebenshaltungskosten im Durchschnitt des Monats Januar das 134fache der Vorkriegszeit. Im Februar stieg dieser Index auf 2528, im März auf 2800, im April auf 2992. Im Mai ist das Tempo des Aufstieges noch viel lebhafter. Im Durchschnitt der Woche, die am 4. Mai endete, betrug der Index 3257, in der Woche vom 5. bis 11. Mai 3474, in der folgenden Woche 3750, und in der Woche vom 19. bis 25. Mai 4236. Das heißt, in der vorletzten Maiwoche waren die Lebenshaltungskosten schon um 41,5 Prozent höher als im Durchschnitt des Monats April. Sie steigen mit unheimlicher Schnelligkeit weiter und dürften jetzt das 5000fache der Vorkriegszeit betragen.

Diese rapide Steigerung der Lebenshaltungskosten ist zum Teil künstlich hervorgerufen oder zum mindesten gefördert worden. Die landwirtschaftlichen Erzeuger und die Lebensmittelhändler nehmen jede Steigerung des Dollars zum Anlaß, um mit den Preisen ihrer Waren noch stärker in die Höhe zu gehen, und die Preise der Industrieprodukte steigen womöglich noch schneller. Im besetzten Ruhrgebiet äußerte sich die Teuerung aus begreiflichen Gründen noch weit stärker als im übrigen Deutschland. Der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes, vornehmlich den Berg- und Hüttenarbeitern, wurden wohl hohe Löhne für die Energie gesungen, mit der sie den passiven Widerstand gegen den ins Land gefallenen Feind führten, aber an eine den Teuerungsverhältnissen angepasste Steigerung der Löhne dachte man nicht. Die Lohnverhandlungen wurden in die Länge gezogen, und schließlich wurde ein Schiedsspruch gefällt, der die Bergarbeiter nicht befriedigte.

Indessen stiegen die Preise rapide weiter, und so kam es zunächst in Gelsenkirchen zu Teuerungsunruhen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß diese Unruhen, die sich bald auf Dortmund, Bochum und andere Städte des Ruhrreviers fortpflanzten, von polizeilichen Ermittlungen geschürt wurden. Sie würden die Furchen des Lebens der Polizei. Die schon länger von den Besatzungsmächten vertrieben worden war, unwillig einen solchen Versuch und eine solche Bedeutung erlangt haben, wenn nicht der Hunger der Massen den Boden für die Empörung bereitet hätte. Daß hier die eigentliche Ursache für die höchst bedauerlichen Ereignisse zu suchen ist, kann man auch daran erkennen, daß ähnliche Vorgänge, wenn auch nicht im gleichen Umfang,

sich auch in anderen Gegenden abspielten. So wird von Erwerbslosen in Dresden berichtet, und die Befürchtung, daß derartige Ausschreitungen auch anderwärts eintreten könnten, ist sehr naheliegend. Die Verhältnisse sind im großen und ganzen überall gleich, und es hängt dann meist nur von einem Zufall ab, wo die Spannung zur Entladung kommt.

Es wäre sehr unflug, wollte man nur in Polizei und Reichswehr die Schutzmittel gegen solche Ausbrüche des Volkszornes erblicken. Möge man sich an den maßgebenden Stellen nur das bekannte Heinewort vor Augen halten: „In den hungrigen Mägen nur Eingang finden — Suppenlogik mit Knödelgründen.“ Ein gerüttelt Maß von Schuld trägt die Reichsregierung mit der famosen Lohnpolitik, die sie seit März dieses Jahres getrieben hat. Auch jetzt noch, wo der Dollar auf über 70 000 gestiegen ist, scheint sie nur schwer von dieser Politik loskommen zu können. Wieder naht eine gewaltige Teuerungswelle. Der Brotpreis wird in den nächsten Tagen um nahezu das Dreifache steigen. Das ist die Folge des hohen Umlagepreises, der den Agramern bewilligt wurde, und der nur ein Übergang zu den noch weit höheren Brotpreisen ist, die dank der völligen Freigabe der Getreidewirtschaft am 15. August mit dem Beginn des neuen Erntejahres in Kraft treten werden.

Am 26. Mai wurde eine offiziöse Notiz verbreitet, nach welcher der Reichsarbeitsminister Beratungen über die Folgen der Brotpreiserhöhung für den Haushalt der Arbeiter pflegen wird. Das Ergebnis soll den Behörden und Organisationen als Unterlage für die kommenden Lohnverhandlungen mitgeteilt werden. Der Reichsarbeitsminister ist sich bewußt, daß die starke Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels bei den Lohnverhandlungen voll abgegolten werden muß. Ebenso werden Fürsorgemaßnahmen für die Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Erwerbslosen usw. in Aussicht gestellt. An der Aufschichtigkeit des Reichsarbeitsministers wollen wir nicht zweifeln, um so stärker ist unser Zweifel an dem guten Willen des Unternehmertums.

Betrachtet man das widerwärtige Feilschen bei den Lohnverhandlungen um jede Mark Lohn, vergewaltigt man sich, daß zahlreiche Arbeiter im Streik stehen, weil ihnen ein Lohn vorenthalten wird, der kaum das 2000fache des Vorkriegslohnes ist, während die Lebenshaltungskosten um das 5000fache gestiegen sind, da erfährt einen ein physischer Schreck. Da genügen uns die schönen Reden der Minister nicht und nicht ihre sanften Ermahnungen an die Unternehmer. Ein energisches Eingreifen tut not, wenn man das im Schwänden begriffene Vertrauen der Arbeiter wiedergewinnen und Ausbrüche der Verzweiflung hintanhaltend will.

Bezeichnend für die Geistesverfassung der führenden Industriellen ist das vom 25. Mai datierte Schreiben des Reichsverbandes der Industrie an den Reichskanzler. Die Siegermächte haben dem Deutschen Reich Daumenschrauben angelegt. Die Regierung soll Vorschläge für die Zahlung unfassbar großer Summen machen und zugleich Garantien für ihre Zahlung bieten. Jetzt muß mit der Erfassung der Sachwerte, der man bisher immer wieder ausgewichen ist, Ernst gemacht, der Besitz muß endlich zur Leistung eines wirklichen Opfers angehalten werden. Da kommt der Reichsverband der Industrie und bietet dem Reich nicht etwa ein Opfer, sondern er schlägt ein Geschäft vor, das für die Industriellen außerordentlich gewinnbringend wäre. Der Arbeiterschaft soll das Fell noch gründlicher über die Ohren gezogen werden als seither. Aus dem hübschen Butteflein nur einige Mützen genannt. Die Ausbeutungsfreiheit der Hausagrarien soll wieder hergestellt werden durch Befreiung der Wohnungszwangswirtschaft. Der Arbeiterschaft soll der Achtstundentag geraubt werden, durch „Erhöhung der Tariffreiheit“. Das heißt, der Achtstundentag darf auf dem Papier stehenbleiben, aber die Unternehmer sollen das Recht haben, ihn in der Praxis zu beseitigen. Die durch die Demobilisierungsvorschriften geschaffenen Arbeiterschutzbestimmungen sollen beseitigt und den Unternehmern völlige Ausbeutungsfreiheit gewährt werden. Daneben werden noch verschiedene andere Forderungen erhoben, die im Effekt dahin gehen, den Profit der Industriellen zu steigern und zu sichern.

Auf den Ton des Briefes, der den Eindruck erweckt, als hätten sich die Industriellen als die eigentlichen Herren im Reich, die Bedingungen stellen können für die Erfüllung von Pflichten, die ihnen die Gesetzgebung auferlegt, wollen wir hier nicht näher eingehen. Kennzeichnend für die Zustände in Deutschland ist es aber, daß ein solches Schreiben jetzt herausgehen konnte, wo die Vorgänge im Ruhrrevier von der in der Arbeiterschaft vorhandenen Gärung deutlich Kunde geben. In der Zeit schwerster außenpolitischer Nöte wird die gespannte Lage im Innern anscheinend absichtlich immer weiter verschärft. Wenn schließlich die gehäufte Erbitterung gewaltiger Massen sich gewalttätig Luft schafft, dann soll man die Schuld daran nicht denen zurassen, die von der Verzweiflung erfaßt, sich zu sinnlosen Taten hinreißen lassen; weit schuldiger sind jene, die kalten Blutes Provokationen auf Provokation häufen.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale.

In der Pfingstwoche war Hamburg der Schauplatz eines Vorganges von weltgeschichtlicher Bedeutung. Auf dem internationalen Kongreß, der am 21. Mai im Hamburger Gewerkschaftshaus eröffnet worden war, erfolgte die Gründung der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Das Organisationsstatut, das nach sorgfältiger Vorbereitung dem Kongreß vorgelegt wurde, fand dessen einmütige Zustimmung. Mit der Gründung der Sozialistischen Arbeiterinternationale ist eine der traurigsten Folgen des Weltkrieges endgültig liquidiert.

Der internationale Zusammenschluß der Arbeiter hat schon eine jetzt 60jährige Vorgeschichte. Am 28. September 1863 wurde in London der Grundstein zur Internationalen Arbeiterassoziation gelegt. Es entbehrt nicht eines gewissen pikanten Reizes, daß die Sympathie mit dem unterdrückten Polen den äußeren Anstoß zu der deutlichen Demonstration in St. Martins Hall gab, bei welcher der Grundstein für die erste Arbeiterinternationale gelegt wurde. Der leitende Kopf dieser Internationalen war Karl Marx, ihr gehörten außer ihm noch eine große Reihe Männer von Weltberühmtheit an. Die Internationale Arbeiterassoziation war im wesentlichen eine Propagandagesellschaft. Sie hat dazu beigetragen, das Klassenbewußtsein in der Arbeiterschaft zu wecken. Die Erste Internationale war gewissermaßen dem Sämann zu vergleichen, der die Saat des Sozialismus ausstreute. Erst eine spätere Generation sah diese Saat aufgehen, sich entwickeln und Früchte tragen. Der Versuch der Internationalen Arbeiterassoziation wurde durch die Wirren des Deutsch-Französischen Krieges beschleunigt. Sie krankte aber auch an inneren Gegensätzen, die insbesondere durch die Quertreibereien des Russen Bakunin hervorgerufen waren. Der im Jahre 1872 auf dem Kongreß in Haag gefaßte Beschluß zur Verlegung des Generalrates nach Neuyork bedeutete faktisch das Ende der Internationalen Arbeiterassoziation.

Erst im Jahre 1889 wurden wieder feste Beziehungen zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder angeknüpft. Zur Hundertjahrfeier der französischen Revolution fand in Paris eine Weltausstellung statt. Zu den mancherlei Veranstaltungen, die bei dieser Gelegenheit arrangiert wurden, gehörte auch ein internationaler Arbeiter- und Sozialistenkongreß, der am hundertsten Jahrestage des Bastillensurms eröffnet wurde. An dem Kongreß nahmen Vertreter von sozialistischen Parteien und von Gewerkschaften teil, und er war insbesondere auch aus Deutschland zahlreich besucht. In Deutschland herrschte damals noch das Sozialistengesetz, das erst im folgenden Jahre zum Abfall kommen sollte. Wenn die Schranken dieses Gesetzes auch mit unvermindertem Eifer angewendet wurden, so hatte das Gesetz selbst seine Schrecken längst verloren. Die Arbeiterschaft hatte sich ihm angepaßt, und sie sah damals mit stolzer Zuversicht den wenigen Monate später stattfindenden Reichstagswahlen entgegen, die bekunden sollten, daß die Sozialdemokratie unter der Herrschaft des Gesetzes, das bestimmt war, sie zu vernichten, zur stärksten Partei in Deutschland herangereift war.

Der Pariser Kongreß vom Jahre 1889 war die Geburtsstätte der Zweiten Internationale. Als ein dauerndes Erinnerungszeichen hat er die Mäuseier eingeweiht. Die Feier des 1. Mai wurde zum mächtigen Symbol der Solidarität der Arbeiter aller Länder. Dem Pariser Kongreß von 1889 folgten in mehrjährigen Zwischenräumen weitere. Jeder dieser Kongresse gab Kunde von dem unaufhaltsamen Fortschreiten des sozialistischen Gedankens. Auf den internationalen Kongressen waren sowohl die sozialistischen Landesparteien als auch die Gewerkschaften vertreten. Zwischen beiden hatte sich ein gutes, kameradschaftliches Zusammenarbeiten entwickelt, das in manchen anderen Ländern noch intimer war als in Deutschland. Diese internationalen Arbeiterkongresse gaben auch den Anstoß zu einem engeren internationalen Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Berufsverbände, das sich allmählich zu dem achtunggebietenden internationalen Gewerkschaftsbund entwickelt hat.

Die letzte große Kundgebung der Zweiten Internationale war der Kongreß in Basel im Jahre 1912, der als außerordentlicher Kongreß veranstaltet worden war. Der Balkankrieg drohte die Welt in Flammen zu setzen. Diese Gefahr zu beschwören, war der internationale Sozialistenkongreß einberufen worden. Damals fand jene deutliche Feier in dem alten Münster zu Basel statt, wo die bekanntesten Führer der internationalen Sozialisten zum Kampfe gegen den Krieg anriefen vor einer Gemeinde, wie sie nach Zahl und Zusammensetzung diese Kirche noch nicht gesehen hatte.

Die Gefahr, die dem europäischen Frieden drohte, wurde damals beschworen. Wenn man aber die Abwehr der Kriegsgefahr als einen Erfolg der internationalen Sozialdemokratie betrachtete, so erwies sich das als eine Überschätzung ihres Einflusses. Das zeigte sich zwei Jahre später, als die Kriegsunruhen entseffelt wurde. Schmerzlich Erinnerung werden wach, wenn man an jene Zeit zurückdenkt, die jetzt neun Jahre hinter uns liegt. Wenn sich auch bei weitem noch nicht alle Archive geöffnet haben, so sind doch genügend Dokumente bekanntgeworden, die es gestatten, die eigentlichen Triebkräfte zu erkennen, die zum Ausbruch des Weltkrieges geführt

haben. Als er ausbrach, da verstanden es die Machthaber, nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern, das eigene Volk als das schändliche Überfallene darzustellen. Der Damm, den der internationale Sozialismus gegen den Nationalismus und den Militarismus aufgerichtet hatte, erwies sich als zu schwach. Er wurde von der mächtigen nationalistischen Welle hinweggefegt; in allen Ländern. Es gibt Leute, die sich jetzt nicht genug entrüsten können über jene nationalistische Woge; wenn man aber nachforschen wollte, würde man in gar manchem Entrüstenen von heute einen wilden nationalistischen Schreier von damals erkennen.

Für die deutsche Sozialdemokratie hatte der Krieg die schwersten Folgen. Ein Teil, es war die große Mehrheit, vertrat die Auffassung, daß es die Pflicht der deutschen Arbeiter sei, das bedrohte Vaterland zu verteidigen. Sie erfüllte diese Pflicht, ohne in die Fesseln einzustimmen, die während des Weltkrieges Mode geworden waren. Mit aller Schärfe trat sie den Annexionsplänen entgegen, die von den verrückt gewordenen Militaristen propagiert wurden. Ein kleiner Teil der Parteimitglieder gedachte der Bedrückung und der Verfolgungen, deren Objekt bis an die Schwelle des Weltkrieges die Sozialdemokratie gewesen war. Eine Pflicht, dieses falsche Vaterland zu verteidigen, in dem die Masse der Bevölkerung als rechtlos behandelt wurde, vermochte man nicht anzuerkennen. Diese Auffassung wurde verstärkt, als sich deutlicher zeigte, daß einflußreiche Kreise den Krieg als Eroberungskrieg geführt wissen wollten. Diese Gegensätze führten schließlich zur Spaltung der Partei, und die Klüfte, die sich zwischen beiden Gruppen auftat, vertiefte sich, als die Gegner der Landesverteidigung mit allen Mitteln die Beendigung des Krieges anstrebten, während die andere Gruppe der Beendigung des Krieges um jeden Preis widerstrebt, um dem Deutschen Reich und dem deutschen Volke das Schicksal zu ersparen, das sich schließlich doch nicht aufhalten ließ.

Ähnliche Gegensätze wie in der deutschen Sozialdemokratie zeigten sich auch in den sozialistischen Parteien der meisten anderen Ländern. Als es dann nach Überwindung mancher Schwierigkeit gelang, die Zweite Internationale wiederanzurichten, war sie nur ein Torso. Neben ihr, die ihren Sitz nach London verlegt hatte, bestand die Internationale Vereinigung sozialistischer Parteien, mit dem Sitz in Wien. Die Erkenntnis, daß der Widerkampf, dessen eigentlicher Anlaß nicht die Beendigung des Krieges betraf, keiner der streitenden Parteien nütze, sondern nur der Sache des Sozialismus zum Schaden gereiche, führte im vorigen Jahre zur Wiedervereinigung der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland. Dieser Schritt mußte notwendig Konsequenzen für die internationalen Verbindungen haben. Die langersehnte Vereinigung ist nun in Hamburg vollzogen worden.

Sowohl die Zweite Internationale als die Internationale Vereinigung sozialistischer Parteien haben sich aufgelöst, und unmittelbar danach wurde die Sozialistische Arbeiterinternationale gegründet. Sie hat ihren Sitz in London, und zu ihren ständigen Sekretären wurden der Engländer Tom Shaw und Friedrich Adler aus Wien gewählt. An dem Kongreß in Hamburg haben auch Gewerkschaftsvertreter teilgenommen, und Dubegeest aus Amsterdam begrüßte den Kongreß im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Der erste Beschluß, den der Internationale Kongreß faßte, und der ein Bekenntnis zum Achtstundentag als dem Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit bedeutet, jagt einleitend, daß der Kongreß seine vollständige Übereinstimmung mit der Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf dem Gebiete der Sozialpolitik erklärt. Dieser Beschluß und überhaupt der ganze Verlauf des Kongresses erheben unsere Verteidigung über die Herstellung der Einheit der sozialistischen Internationale. Seit dem Zusammenbruch der Internationale im Jahre 1914 haben die Arbeiterparteien in allen Ländern viel gelernt. Die neue Internationale wird sich die Erfahrungen zunutze machen. Ihr Wirken wird der Arbeiterschaft in der ganzen Welt zum Vorteil gereichen. Neben der sozialistischen Internationale behält der Internationale Gewerkschaftsbund seine Selbständigkeit. Die politischen wie die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen haben je ein reiches Arbeitsgebiet, aber der Arbeiterschaft gereicht es zum Vorteil, wenn die beiden Zweige der Arbeiterbewegung in gutem Einvernehmen sich betätigen und sich kameradschaftlich Treue bewahren. Die Grundzüge dafür ist in Hamburg geschaffen worden, und auf ihr soll weitergebaut werden.

Noch ist die Sozialistische Arbeiterinternationale nicht am Ende. Moskau, der Sitz der Dritten Internationale, hat die sozialistische Internationale als noch nicht gekommen, aber sie wird kommen. Der Gegensatz, der noch vorhanden ist und von beiden Seiten schon bemerkt wird, ist der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur. Moskau will den Sozialismus durch die Diktatur verwirklichen, ein Unternehmender des notwendig Scheitern muß. Diktatur bedeutet die Herrschaft der Gewalt. Jede Gewalt Herrschaft ist zeitlich begrenzt; sie dauert nur solange, bis die gegen sie eingesetzte Gewalt sie als überflüssig erweist. Damit hat man in dem letzten Stadium in verschiedenen Ländern Erfahrungen gemacht, die nicht zur Nachahmung reizen. Der Sozialismus ist unvereinbar mit der Demokratie. Seine Wege sind die Klassenkämpfe. Wenn alle Angehörigen der Arbeiterschaft zum Klassenbewußtsein erfüllt sind, dann ist der Weg frei für die volle Verwirklichung des Sozialismus. Er wird dann getragen von dem freien Willen der großen Mehrheit des ganzen Volkes.

Der Sozialismus kämpft für das Wohl der breiten Volksmassen. Für die Befreiung der Arbeit aus dem Joch des Kapitalismus. Schritt für Schritt erkämpft er sich Boden. Die große Mehrheit der Gewerkschaften, bei der es sich in der Vergangenheit um die Erzielung von Gegenwärtigen handelte, ist letzten Endes Vorarbeit für die Verwirklichung des Sozialismus und Befreiung der Arbeiterschaft zum Klassenbewußtsein und zum Klassenkampf. Die Gründung der Sozialistischen Arbeiterinternationale ist eine Etappe auf dem Wege zum Sozialismus, zu dem Ziele, das wir erreichen werden mit aller Festenheit, die sich uns in den Weg stellt.

Noch einmal die Sozialisierung des Menschen.

Eine Nachprüfung.

Es gibt bekanntlich zwei Methoden, einen Gegenstand zu behandeln: Die eine besteht darin, das Für und Wider sachlich zu erörtern, die Gründe und Gegengründe ohne Voreingenommenheit zu prüfen und dann eine sachgemäße Entscheidung zu treffen; die andere besteht darin, rein gefühlsmäßig an eine Sache heranzutreten, die persönliche Meinung und das persönliche Interesse in den Vordergrund zu drängen und dann ein Urteil zu fällen, das keinen Widerspruch duldet. Die erste Methode wendet sich an den Verstand, und die nüchterne Überlegung, sie schöpft aus der Beobachtung und der Erfahrung; die andere wendet sich an das Gefühl und die Stimmung, sie schöpft aus der Einbildung und der Phantasie. Die erste stellt sich auf den Boden der Tatsachen und schildert die Dinge so, wie sie sind, die zweite arbeitet mit Illusionen und malt die Dinge so, wie sie sein sollten. Welche von diesen beiden Methoden praktischen Wert hat und deshalb vorzuziehen ist, braucht wohl nicht erst noch gesagt werden.

Das Sozialisierungsproblem wird seit der Revolutionszeit vorwiegend nach der zweiten Methode behandelt, was natürlich seiner praktischen Durchführung nicht gerade förderlich ist. Diese Art der Behandlung erklärt sich daraus, daß so viele Proletarier auf dies Problem gefühlsmäßig eingestellt sind und deshalb seine großen Schwierigkeiten nicht erkennen. Zweifellos haben sie vollständig recht, wenn sie die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens als die unabwiesbare Vorbedingung für eine Verwirklichung des Sozialismus erklären, und es läßt sich auch verstehen, daß sie diese Sozialisierung möglichst bald haben wollen. Ist es doch eine Tatsache, daß eine Beseitigung der Ausbeutungsmöglichkeit und damit eine Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die das Wesen des Kapitalismus ausmacht, nur vorgenommen werden kann durch eine Überführung der Produktionsmittel, sofern sie Ausbeutungsmittel sind, in den Besitz der Allgemeinheit, die die Betriebe übernimmt und durch geeignete wirtschaftliche Organisationen weiterführt läßt. Daraus ergibt sich, daß ein Sozialist von der Forderung der Sozialisierung nie und nimmer abgehen kann. Eine andere Frage ist es natürlich, ob diese Forderung in absehbarer Zeit zu verwirklichen ist und wie sie durchgeführt werden soll. Hier gehen die Meinungen auseinander, weshalb eine Aussprache hierüber sehr wünschenswert ist. Doch wird sie nur dann Wert haben, wenn sie rein sachlich und ohne Erregung geführt wird.

In dem Artikel: „Die Sozialisierung des Menschen“ in Nummer 18 der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurde der Versuch gemacht, die Frage der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens von einer Seite aus zu behandeln, von der sie nur selten betrachtet wird. Da es in einem jeden Betriebe auf zwei Faktoren ankommt, auf die Produktionsmittel und auf die Menschen, so ist es erklärlich, daß bei einer Umwandlung der Betriebe aus kapitalistischen in sozialistische Betriebe diese beiden Faktoren eine Rolle spielen. Aus dieser unbestreitbaren Tatsache wurde die Folgerung gezogen, daß nicht nur die Produktionsmittel, sondern auch die Menschen sozialisiert werden müssen, was dann des weiteren ausgeführt wurde.

Wertwürdigerweise haben diese Ausführungen bei einigen Kollegen heftigen Widerspruch hervorgerufen, wie aus Zuschriften hervorgeht, die bei der Redaktion eingelaufen sind. Leider sind diese Zuschriften teilweise in einem sehr erregten Tone abgefaßt, und es sind in ihnen Ausdrücke enthalten, die beleidigender Natur sind. Das ist im Interesse der Sache selbst zu bedauern, es beweist aber, daß es Leute gibt, die keine gegenteilige Ansicht vertreten können, weshalb sie sofort scharf vom Leder ziehen, wenn sie auf eine Ansicht stoßen, die ihnen gegen den Strich geht. Dieser Mangel an Duldbarkeit schadet jeder sachlichen Aussprache und vergiftet jede Diskussion, er verhindert eine Klärung der gegenteiligen Meinungen und verurteilt die Diskussion zur Unfruchtbarkeit. Er hat seine Quelle darin, daß manche Leute in ihre eigene Meinung verliebt sind und eifersüchtig darüber wachen, daß keine fremde Meinung daneben aufkommt. Darum verschließen sie dem Neuen ihr Ohr und ihr Herz, und in ihrer eingebildeten Unschlbarkeit halten sie die Anderen den für Dummköpfe und schlechte Menschen, die das Richtige nicht einsehen wollen. Sie unterleben dem Gegner schlechte Beweggründe unter und verdächtigen seine Gesinnung. Dabei hängen sie mit fanatischer Fähigkeit am Alten und weigern sich, einen Irrtum einzugehen, den sie lieb gewonnen haben, selbst wenn ihnen noch so klar nachgewiesen wird, daß sie von falschen Voraussetzungen ausgehen und sich irren. Das Wort des Dichters Börne: „Einen Bahn verlieren ist besser, als eine Wahrheit finden“ gilt für sie nicht, weil sie sich in ihren Vorurteilen und Irrtümern glücklich fühlen.

Wer den erwähnten Artikel gelesen hat, muß ohne weiteres zugeben, daß er sachlich gehalten war. Er vermied es, den Proletariern, die das soziale Reuland erobern wollen, Hirngespinnste und Illusionen vorzugaukeln und ihnen unerfüllbare Hoffnungen in den Kopf zu setzen; er versuchte vielmehr, die Möglichkeiten und Notwendigkeiten zu untersuchen, die bei einer Sozialisierung mitsprechen. Diese Methode ist zweifellos wertvoller und wirksamer, als wenn man den Massen schmeichelt und ihnen Eigenschaften und Fähigkeiten andichtet, die sie beim besten Willen noch nicht haben können, die sie sich erst durch Bildung und Erziehung aneignen müssen. Der Verfasser des Artikels steht seit über vierzig Jahren in der deutschen Arbeiterbewegung und kennt das deutsche Proletariat aus eigener Anschauung und Beobachtung, er hält es für seine Pflicht, aus seinen Erfahrungen heraus Zweifel zu äußern, ob in dem Stadium der gegenwärtigen Entwicklung die Massen bereits reif sind, die Sozialisierung praktisch durchzuführen. Damit glaubt er dem Proletariat einen größeren Dienst zu erweisen, als wenn er ihnen in demagogischer Weise Honig ums Maul schmirt, wie man zu sagen pflegt.

Zweifellos ist der Sozialismus und damit auch die Sozialisierung ein Entwicklungsorgan, der längere Zeiträume in Anspruch nimmt, er ist auch im wesentlichen eine Bildungs- und Erziehungsfrage. Um diese Tatsachen kommen wir nun einmal nicht herum. Die mechanistische Auffassung, daß die technisch-

wirtschaftliche Umwälzung von selbst eine Umwandlung der Menschen mit sich bringe, hat sich als falsch erwiesen. Darum sind die Arbeiterorganisationen seit Jahrzehnten bemüht, ihre Mitglieder aufzuklären, zu bilden und zu erziehen, um sie auf diese Weise reif zu machen für die Erfüllung der großen Aufgaben, die dem modernen Proletariat gestellt worden sind. Demgegenüber ist die äußere Sozialisierung, die Überführung der Betriebe in den Besitz der Allgemeinheit, eine verhältnismäßig einfache Sache, während die innere Sozialisierung viel größere Schwierigkeiten bietet. Wenn die so notwendige Sozialisierung nach der Revolution so geringe Fortschritte macht, so liegt das nicht nur an der Zerrüttung unseres gesamten Wirtschaftslebens, sondern auch an der mangelnden Reife der großen Massen, die in den Lag hineinleben und sich um den Sozialismus nicht kümmern. Das sind keine Verdächtigungen und Beschimpfungen der Proletarier, wie es in einem Eingeladten heißt, das sind — leider! — Tatsachen, die kein ehrlicher Mensch bestreiten kann. Jede Befreiung ist eine Selbstbefreiung, und so wird auch die Erzielung eines menschenwürdigen Daseins dem Proletariat niemals möglich sein, wenn es nicht selbst tatkräftig Hand anlegt und mitarbeitet. Nicht die Führer können dies schwere Werk vollbringen, sie vermögen uns Wege zu weisen und Hinweise zu geben, die Massen müssen sich ihr Schicksal selbst schmieden.

Um die Kollegenschaft zu dieser Selbstbefreiung zu erziehen, dazu sollte der Artikel beitragen. Darum wurde auf die Mängel und Fehler aufmerksam gemacht, die noch heute vorhanden sind, und die ausgemerzt werden müssen, wenn es besser werden soll. Wenn eine Sozialisierung der Menschen gefordert wird, so bezieht sich dies ganz selbstverständlich nicht nur auf die Arbeiter in den Betrieben, sondern auf alle ohne Ausnahme, wie ausdrücklich gesagt worden ist, das heißt also auch auf die Leiter höheren und niederen Grades. Wie nötig diese Leute die innere Sozialisierung haben, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Es erscheint unverständlich, wie man in der Aufforderung zur Pflichterfüllung in einem sozialistischen Betriebe eine „Beschimpfung der Arbeiter“ erblicken kann oder gar eine „Herabsetzung der tüchtigen Arbeiter“ in den Augen der Unternehmern. Ausdrücklich ist hervorgehoben worden, daß es zahlreiche Intellektuelle, ungenügend tüchtige Arbeiter gibt, die in jeder Beziehung ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, aber es wäre ein Verstoß gegen die Wahrheit gewesen, zu verschweigen, daß es auch solche Arbeiter gibt, bei denen dies nicht der Fall ist. Die Erregung der Einsender der Zuschriften, die sich in sehr saftigen Ausdrücken Luft macht, erscheint einem sachlich urteilenden Menschen unerklärlich und durchaus unangebracht. Wir haben verschiedene Kollegen, die den Artikel gelesen haben, über den Eindruck gefragt, den sie daraus gewonnen haben, und sie haben übereinstimmend geantwortet, daß sie nicht den Eindruck gewonnen haben, als ob er eine Schädigung der Arbeiterinteressen enthalte. Mögen darum die Kollegen, die sich über unsere Ausführungen so sehr aufgeregt haben, den Artikel noch einmal ruhig und vorurteilslos durchlesen, und sie werden sicherlich zu der Überzeugung kommen, daß er manche beachtenswerten Wahrheiten enthält. Die Wahrheit ist eine bittere Medizin, aber sie muß gesagt werden.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 23. Wochenbeitrag für die Woche vom 8. Juni bis 9. Juni 1923 fällig geworden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2

Der Verbandsvorstand.

Central-Stellenvermittlung der Bildhauer.

Berlangt: Holzbildhauer (tüchtig) nach Wilmder am Deister, Ascherleben, Minden i. W., Celle, Deberau i. S.; (mittlere) nach Neuruppin, Billingen (Baden), Uslar, Spremberg (N.-L.). Reflektanten wollen sich schriftlich wenden an G. Dupont, Berlin SO., Am Köllnischen Park 2

Korrespondenzen.

Aus Hinterpommern.

In der Nachkriegszeit begann, unser Verband auch in Hinterpommern festen Fuß zu fassen. Die Zahl der Holzarbeiter hat eine Steigerung erfahren, insbesondere durch die Errichtung einer Reihe von Sägewerken; auch das Interesse der Kollegen für die Organisation wuchs, so daß der Verband ein Bezirkssekretariat mit dem Sitz in Belgard einrichtete. Die Verhältnisse in Hinterpommern sind sprichwörtlich rückständig. Das Bürgeramt ist nationallistisch eingestellt; es hat sich die Manieren der Junker angewöhnt, die Hinterpommern in einen nicht gerade beneidenswerten Ruf gebracht haben. Zu den Manieren der hinterpommerschen Junker, die ihnen ihre bürgerlichen Nachhüser abgedungelt haben, gehört es, die Arbeiter möglichst schlecht zu behandeln. Um die Löhne der Arbeiter niedrigzuhalten, ist der Ostdeutsche Arbeitgeberverband mit dem Sitz in Stolp gegründet worden. Tatsächlich stehen auch die Löhne in Hinterpommern weit unter dem Reichsdurchschnitt. Das Vorwärtskommen würde erleichtert, wenn bei den Arbeitern das Verständnis für den Wert der Organisation allgemein vorhanden wäre. Daran mangelt es aber. So bei unseren Kollegen in Rallies. Hier ist eine Holzfabrik, in der 150 Arbeiter in drei Schichten arbeiten. Wäre das Organisationsverhältnis besser, dann könnten die Löhne, die die schlechtesten im Bezirk sind, ausbessert werden. Ähnlich ist es in der Parkettfabrik in Falkenberg, Schivelbein und Neustettin, doch gibt es auch hier noch viel zu tun. In Pulkow sind nur die Tischler in unserem Verband, die Sägewerksarbeiter sind im Transportarbeiter-Verband, zum Teil auch im Fabrikarbeiter-Verband. In Blatke, wo die Löhne sehr niedrig sind, und ebenso in Regenwalde mangelt es den Kollegen noch an Interesse. In Treptow a. d. N. haben die Tischler in diesem Jahre fünf Wochen gestreikt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen hat dadurch wesentlich gewonnen. Dagegen lassen die Zustände in Labes noch sehr viel zu wünschen übrig. Bisher haben sich unsere Kollegen zuviel

auf die Schlichtungsausschüsse verlassen. Obwohl deren Entscheidungen meist den Unternehmern günstig waren, haben diese es häufig verstanden, sich den Verpflichtungen zu entziehen, und damit erreicht, daß die Löhne so ungenügend niedrig sind. Jetzt bricht sich bei unseren Kollegen allmählich die Erkenntnis Bahn, daß sie die Anpassung der Löhne an die Leistung energischer betreiben müssen. Noch ist der Boden, der in unserem Bezirk zu bearbeiten ist, recht steinig. Aber es sind manche Anzeichen dafür vorhanden, daß unsere Arbeit nicht vergeblich ist, und daß es auch in Hinterpommern vorwärts geht.

Arthur Schulz (Belgard).

Färbenwalde (Spre). Am 20. Mai starb unser zweiter Preussenschlichter, Kollege Mag. Rose. In ihm verliert unsere Verwaltung eine wertvollen Mitarbeiter. Als Sohn unseres verstorbenen langjährigen Kassierers war Mag. Rose von Jugend auf mit den Aufgaben und Zielen unseres Verbandes vertraut und für ihn unermüdet tätig. In der Wohlthat seines Lebens hat ihn die Pleuritiskrankheit dahingerafft. Ehre seinem Andenken.

Schönebeck. Im Monat Mai erfuhr die Bärsteindustrie eine mächtige Belebung. Die Vollbeschäftigung ist noch nicht in allen Betrieben aufgenommen worden. Verschiedentlich sind Versuche von Arbeitgebern unternommen worden, die tariflichen Akkordsätze herabzurufen. Eine tiefgehende Empörung hat das letzte Lohnabkommen hervorgerufen, da die anhaltende Leistung es längst weit überholt hat. — Die Karlsfelder Bandonionfabriken zeigen ebenfalls steigende Beschäftigung, dagegen liegen die Tischlereien und Sägereien vollständig danteder.

Unsere Lohnbewegungen.

Neue Lohnabkommen.

Bei den Verhandlungen für den Landesbezirk Bärsternberg, Baden am 24. Mai wurde auch für die Zeit vom 7. Juni an eine Lohnzulage vereinbart, und zwar 150 M. in der Spitze. Vom 7. Juni an beträgt der Durchschnittslohn für über 22 Jahre alte Facharbeiter in den Ortsklassen I bis VI 2300 M., 2400 M., 2300 M., 2200 M. und 2100 M. Diese Löhne gelten bis zum 13. Juni.

Für den Landesbezirk Thüringen wurde am 23. Mai eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Durchschnittslohn in der II. Ortsklasse am 1. Juni auf 2100 M., ab 8. Juni auf 2400 M. erhöht wird. Von da an beträgt der Durchschnittslohn in der Ortsklasse II bis VI 2400 M., 2304 M., 2208 M., 2112 M. und 2016 M. Die gleichen Löhne wurden auch für die Holzwarenfabriken vereinbart. Beide Abkommen gelten bis zum 14. Juni.

Für den Landesbezirk Schlesien wurde ein Abkommen geschlossen, das die Löhne für die Zeit vom 2. bis 15. Juni regelt. Die Zulage beträgt in der Spitze 700 M. Der Durchschnittslohn für über 22 Jahre alte Facharbeiter steigt in den Ortsklassen I bis VI auf 2250 M., 2163 M., 2115 M., 2048 M. und 1980 M.

Für den Landesbezirk Hamburg wurde eine Zulage vereinbart, die in zwei Raten gewährt wird. Sie beträgt in der Ortsklasse I ab 25. Mai 610 M., ab 6. Juni 270 M. Der Durchschnittslohn steigt damit in den Ortsklassen I bis VI auf 2020 M., 2570 M., 2420 M., 2310 M., 2220 M. und 2100 M.

Für den Landesbezirk Bremen brachten die am 30. Mai geschlossenen Verhandlungen Zulagen in drei Raten, die an der Spitze insgesamt 940 M. betragen. Der Durchschnittslohn der über 22 Jahre alten Facharbeiter steigt damit ab 8. Juni in den Ortsklassen II bis VI auf 2800 M., 2650 M., 2510 M., 2440 M.

Für den Landesbezirk Rheingebiet wurde am 24. Mai ein Abkommen getroffen, das rückwirkend vom 18. Mai an eine Zulage von 494 M. in der Spitze bringt. Der Durchschnittslohn für über 22 Jahre alte Facharbeiter beträgt demnach in den sechs Ortsklassen 2510 M., 2500 M., 2400 M., 2300 M., 2175 M. und 2050 M.

Für den Landesbezirk Bessen-Rassau (Südlich) und Bessen wurde am 1. Juni ein Schlichtungsbescheid gefällt, durch welchen der Durchschnittslohn in der ersten Ortsklasse ab 31. Mai auf 3000 M., ab 7. bis 13. Juni auf 3800 M. erhöht wird.

Für das sächsische Sägewerke wurde eine Lohnvereinbarung für die Zeit vom 1. bis 14. Juni getroffen. Die Mindestlöhne der über 25 Jahre alten Arbeiter der Gruppe A betragen hiernach in den Ortsklassen I bis IV 2130 M., 2040 M., 1935 M. und 1825 M.

Für die Sägewerke in Thüringen wurde vereinbart, daß der Durchschnittslohn in den drei Ortsklassen ab 1. Juni 2300 M., 1900 M. und 1800 M., ab 8. Juni 2300 M., 2135 M. und 2070 M. beträgt.

Für die anhaltische Sägewerksindustrie sieht das am 20. Mai getroffene Abkommen Tariflöhne vor, die in der Zeit vom 24. Mai bis 6. Juni für die Gruppe I in den drei Ortsklassen 1704 M., 1673 M. und 1643 M. betragen.

Für die Sägewerksindustrie in Süd-Ostpreußen ist bei den Verhandlungen am 20. Mai erstmalig der Versuch unternommen worden, die Löhne automatisch zu regeln. Auf die bisherigen Löhne erfolgt ab 3. Juni ein Zuschlag von 40 Prozent. Sie steigen damit für verheiratete Arbeiter in der Gruppe I in den drei Ortsklassen auf 1613 M., 1609 M. und 1603 M. Diese Löhne und die Königsberger Indexziffer vom 30. Mai werden der weiteren Regelung zugrunde gelegt dergestalt, daß die Löhne vom 12. Juni an um den gleichen Prozentsatz erhöht werden, um welchen der Königsberger Index in der Zeit vom 30. Mai bis 6. Juni gestiegen ist. In der gleichen Weise erfolgt dann die Lohnregelung weiter von Woche zu Woche. Das Abkommen gilt unbefristet mit 7tägiger Kündigung.

Für die Sägewerksindustrie in der Grafschaft Glatz wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Lohn in zwei Raten ab 2. Mai und ab 27. Mai um insgesamt 50 Prozent erhöht wird. Damit für die Gruppe A in den vier Ortsklassen auf 1380 M., 1477 M., 1435 M. und 1402 M. Dazu kommt die soziale Zulage von 4 M. für Arbeiter mit Kindern und 2 M. für verheiratete ohne Kinder. Das Abkommen gilt bis zum 9. Juni.

Für die mittelsächsische Sägewerksindustrie wurden die Löhne ab 18. Mai um 30 Prozent erhöht. Der Mindestlohn der Gatterführer usw. steigt damit in den fünf Ortsklassen

auf 1890 M., 1312 M., 1134 M., 1113 M. und 1065 M. Dieses Abkommen gilt bis zum 7. Juni.

Für die Sägewerke im Herzogtum wurde am 20. Mai eine Vereinbarung getroffen, durch welche die Löhne in vier Raten erhöht werden. Der Lohn der Arbeiter in Gruppe I beträgt in der I. Ortsklasse ab 21. Mai 1650 M., ab 31. Mai 1900 M., ab 7. Juni 2150 M. und ab 14. Juni 2250 M. Ab 14. Juni gelten für diese Arbeitergruppe in den vier Ortsklassen folgende Löhne: 2250 M., 2160 M., 2070 M. und 1980 M.

Für die Knapfindustrie war das jetzige Lohnabkommen nach erfolgter Kündigung am 17. Mai abgelaufen. Am 24. Mai fanden neue Verhandlungen statt, in denen eine Erhöhung der Löhne um 37 Prozent vereinbart wurde. Für die Zeit vom 24. Mai bis 6. Juni betragen die Durchschnittslohne für Facharbeiter über 21 Jahre in den fünf Ortsklassen 1900 M., 1805 M., 1710 M., 1615 M. und 1520 M. Für die Zeit vom 17. bis 23. Mai wird ein Zuschlag von 20 Prozent auf die erzielten Wochenverdienste gezahlt.

Für die Stoll-, Peitschen- und Flechtindustrie wurde am 31. Mai in Kassel verhandelt. Das vereinbarte zentrale Lohnabkommen bringt rückwirkend vom 25. bis 31. Mai eine Erhöhung der bestehenden Löhne um 20 Prozent. Für die Zeit vom 1. bis 14. Juni beträgt der Durchschnittslohn für über 22 Jahre alte Facharbeiter in Gruppe Rheinland 2858 M., in den Ortsklassen I bis III 2522 M., 2429 M. und 2248 M. Die Akkordsätze betragen in den vier Ortsklassen 2992 M., 2642 M., 2544 M. und 2355 M.

Für die Alabasterfigurenindustrie ist am 24. Mai ein neues Lohnabkommen vereinbart worden. Danach betragen die Vertragslöhne für Bildhauer ab 24. Mai in Berlin und Dresden 2400 M., Magdeburg und Bernigrode 2230 M. und in den übrigen Orten 2150 M. pro Stunde. Das Abkommen läuft bis zum 6. Juni.

Das am 30. Mai für die Bärstern- und Stajelindustrie Südwestdeutschlands vereinbarte Abkommen legt für über 24 Jahre alte Facharbeiter in den drei Ortsklassen folgende Mindestlöhne fest: 2150 M., 2000 M. und 1880 M. Das Abkommen gilt vom 28. Mai bis zum 8. Juni.

Für die Korbmacher in Regierungsbezirk Merseburg und Umgebung ist eine neue Lohnvereinbarung getroffen worden, die ab 25. Mai eine Erhöhung der Stundenlöhne und Akkordsätze um 35 Prozent vorsieht. Die Tariflöhne erhöhen sich damit auf 1852 M. pro Stunde für Facharbeiter. Das Lohnabkommen hat Gültigkeit bis zum 7. Juni.

Für die Korbwarenindustrie in Mittelbaden (Ormsbach, Eichtenau, Scherzheim, einschließlich der Bezirke Rastatt, Baden-Baden und Achern) wurde am 28. Mai eine Vereinbarung getroffen, nach welcher die am 2. Mai festgelegten Löhne und Akkorde ab 17. Mai um 45 Prozent, ab 31. Mai um 70 Prozent erhöht werden. Damit steigen die Löhne der über 22 Jahre alten Facharbeiter auf 1868 M.

In Berlin wurde am 28. Mai ein Abkommen für die Musikinstrumentenindustrie getroffen, nach welchem der Lohn ab 24. Mai auf 2401, ab 31. Mai auf 2881 M. erhöht wird. — Für die Wagen- und Karosseriebetriebe wurde für die Zeit vom 24. Mai bis 6. Juni der Lohn um 35 Prozent erhöht. Damit steigt der Lohn der über 22 Jahre alten Facharbeiter auf 2435 M.

In Deutsch-Wilka wurde mit der Sperrholzplattensabrik ein Abkommen getroffen, nach welchem die Löhne in der Zeit vom 15. Mai bis 5. Juni um 16 Prozent erhöht werden. Der Mindestlohn der über 22 Jahre alten Hilfsarbeiter erhöht sich dadurch auf 1334 M.

In Frauenthal (Sfala) wurde mit der Korkefabrik Bender u. Co. eine Vereinbarung getroffen, nach welcher als Ausgleich für die Lenkung vom 12. bis 25. Mai eine einmalige Zulage gewährt wird, die für männliche Arbeiter von 10 000 M. (für 14- bis 18jährige) bis 25 000 M. (für über 25jährige); für weibliche von 6200 M. bis 12 500 M. steigt. Vom 28. Mai bis 6. Juni ist ein neuer Lohnstarif festgelegt, die für über 25jährige und verheiratete angelernte Arbeiter 2800 M., für ungelernete der gleichen Stufe 2550 M. und für über 21 Jahre alte Arbeiterinnen nach zwei Monaten Beschäftigung 1300 M. vorsieht.

In Hamburg wurde mit dem Verband der Sägen- und Hobelwerke eine Vereinbarung getroffen, nach welcher für die Zeit vom 20. Mai bis 1. Juni die Löhne um 25 Prozent erhöht werden. Damit steigt der Lohn für Schneidmüller usw. auf 2194 M., für Kreisläger, Handfeger usw. auf 2174 M.

In Leipzig wurde für die Parkettleger ab 16. Mai der Mindestlohn von 1747 M. auf 1914 M. erhöht. Die Sätze des Akkordtarifs vom 1. Juni 1911 werden auf das 234fache erhöht. Für auswärtige Arbeiter beträgt der Montageszuschlag 7 Prozent des Wochenverdienstes oder pro Tag 6163 M. — Für die Gummiindustrie wurde ab 17. Mai eine Erhöhung der Löhne um 16 2/3 Prozent vereinbart. Damit steigt der Lohn der über 20 Jahre alten Arbeiter der Gruppe I auf 1875 M. Drechsler und Handwerker erhalten 10 Prozent, bei Akkordarbeit 30 Prozent mehr. Das Abkommen gilt bis zum 30. Mai.

In Klingenthal wurden für die Harmonikaindustrie die Löhne neu vereinbart. Vom 26. Mai an beträgt der Vertragslohn für über 22 Jahre alte Arbeiter der Gruppe Ia 2211 M., der Gruppe Ib 2162 M., der Gruppe Ic 2090 M. und für Arbeiterinnen 2165 M. Ab 2. Juni werden diese Lohnsätze erhöht auf 2369 M., 2318 M., 2240 M. und 1356 M. Für Durchseifer beträgt der Mindestlohn ab 20. Mai 2422 M. und ab 2. Juni 2505 M. Feinarbeiter erhalten ab 28. Mai 40 Prozent und ab 4. Juni 60 Prozent Zuschlag auf die abgefertigten Waren.

In Rammstein wurde für die Holzindustrie vereinbart, daß die Löhne ab 25. Mai um 550 M., ab 1. Juni bis 7. Juni um weitere 300 M. erhöht werden. Damit steigt der Durchschnittslohn auf 2550 M. — Das Abkommen für die Sägerei legt die Zulage für die Zeit vom 16. bis 31. Mai auf 300 M. fest. Damit steigt der Lohn der über 25 Jahre alten verheirateten Arbeiter auf 2151 M.

In Martenkirchen wurde für die Getzen- und Seitenindustrie ein Abkommen getroffen, nach welchem über 23 Jahre alte gelehrte Arbeiter ab 28. Mai 2148 M. und ab 4. Juni 2224 M. Lohn erhalten. Für

ungelernte Arbeiter beträgt der Lohn 2002 M. und 2074 M. und für Arbeiterinnen 1182 M. und 1224 M.

In Meintzen dauert der Kampf um die Wiederherstellung des bis zum Streik bestandenen tariflichen Zustandes trotz siebenwöchiger Streikdauer unverändert fort. Die Streikenden haben in einer einstimmig angenommenen Entschließung ihren festen Willen erneut zum Ausdruck gebracht. Sie fordern von den Unternehmern die Erfüllung dessen, was diese in den Vereinbarungen am 20. Februar unterschrieben haben.

In München wurde am 19. Mai ein Abkommen für das Regenbaugewerbe getroffen. Danach steigt der Lohn der Mastenmacher ab 19. Mai auf 1850 M., ab 1. Juni auf 2150 M., der der Facharbeiter über 21 Jahre auf 1765 M. und 2055 M. — Für der Münchener Kindl-Bau-Lackfabrik Blindisch u. Pause in Pasing wurde am 10. Mai eine Lohnvereinbarung getroffen, nach welcher der Durchschnittslohn der über 22 Jahre alten Facharbeiter auf 1733 M. steigt.

In Rastau (Erzgebirge) wurde für die Korlarbeiter ein Abkommen getroffen, nach welchem der Lohn für über 21 Jahre alte Facharbeiter ab 1. Juni 2000 M. beträgt. Angelernte Arbeiter in diesem Alter erhalten 1952 M. und über 18 Jahre alte Arbeiterinnen 1153 M.

In Striegau wurde für die Bärsteindustrie ein Abkommen getroffen, nach welchem der Lohn der in Zeitlohn beschäftigten Facharbeiter über 24 Jahre ab 7. Mai auf 1484 M., ab 20. Mai auf 1546 M. erhöht wird.

In Wankendorf i. H. S. stehen unsere Kollegen in dem Sägewerk von Paschen seit dem 3. Mai im Streik. Die Firma zahlt die niedrigsten Löhne in Schleswig-Holstein, lehnte aber trotzdem jede Lohnherhöhung ab. Auch ein Schlichtungsbescheid des Schlichtungsausschusses Neumünster, der einen für den Unternehmer sehr annehmbaren Vergleich brachte, wurde von diesem abgelehnt. Dieses prozessige Verhalten bestärkt aber unsere Kollegen, in ihrem Willen auszuharren, bis der Unternehmer sich eines Besseren bedinnt.

Aus der Holzindustrie.

Schutz der Hausarbeiter in der Zelluloseindustrie.

Auf Grund des § 10 des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 kann der Bundesrat, an dessen Stelle nach der Weimarer Verfassung die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstages getreten ist, die Berrichtung solcher Arbeiten in der Hausarbeit verbieten, welche mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Hausarbeiter oder für die öffentliche Gesundheit verbunden sind. Von dieser Gesetzesbestimmung ist bisher nur in sehr geringem Umfang Gebrauch gemacht worden. Eine Verordnung vom 17. November 1913 enthält Bestimmungen über die Hausarbeit in der Tabakindustrie, und durch die Verordnung vom 21. April 1920 ist das Treppen, Schmelzen und Sortieren von Lumpen in der Hausarbeit gänzlich verboten worden. Künftig ist eine neue Verordnung auf Grund dieses Paragraphen erschienen, nämlich die Verordnung über die Berrichtung von Zellhorn in der Hausarbeit vom 4. Mai 1923.

Zellhorn ist die antike Verwertung für Zellulose, einem Stoff, aus dem sehr viele Gebrauchsgegenstände, insbesondere auch Rämme und Haarschmuck, hergestellt werden. Zellulose oder Zellhorn ist äußerst feuergefährlich, und es entwickelt beim Verbrennen überdies giftige Dämpfe. Zahlreiche Unglücksfälle bei Bränden in Zellulosebetrieben, bei denen des öfteren eine größere Zahl von Arbeitern ihr Leben einbüßten oder schwere Verletzungen davontrugen, haben wiederholt alarmierend gewirkt und auf die mit der Verarbeitung von Zellulose verbundenen Gefahren hingewiesen; etwas Durchgefallenes zum Schutz der Arbeiter in der Zelluloseindustrie ist bisher nicht unternommen worden. Dabei sind aber auch Fälle betamungswürdig, in denen Zellulosebrände bei Feinarbeitern schweres Unglück hervorgerufen haben. Zurzeit bestehen unseres Wissens nur „Grundzüge für die gewerbepolizeiliche Überwachung zur Herstellung von Zellulosewaren und der dazugehörigen Lagerräume“, die von den beteiligten preussischen Ministerien am 7. März 1910 veröffentlicht wurden. Im Jahre 1910 hat unser Verband gemeinsam mit den Verbänden der Fabrikarbeiter und der Schuhbinder eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der um den Erlass einer Verordnung zum Schutz der Zellulosearbeiter gebeten wurde. Diese Forderung wurde durch einen Gegeneingabe des Verbandes der deutschen Zelluloseindustriellen bekämpft. Trotzdem sich auch die Regierungsvertreter dagegen ausgesprochen hatten, wurde die Eingabe im Oktober 1911 vom Reichstag dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Dabei ist es bis heute geblieben. Gesehen ist seitdem nichts. Die erwähnte Verordnung ist der erste Schritt auf dem Wege zu einer Besserung.

Die neue Verordnung bezieht sich nur auf die Hausarbeit und verpflichtet Gewerbetreibende, die außerhalb ihrer Arbeitsstätte Zellhornwaren durch Hausarbeiter herstellen, bearbeiten oder verpacken, verpacken oder sonst für den Verkauf oder Versand herrichten lassen, die genaue Wohnungsangabe der Hausarbeiter dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten zu melden. Der Hausarbeiter darf jeweilig nur Zellhorn, Zellhornwaren und Zellhornabfälle im Gesamtgewicht von höchstens 5 Kilogramm im Hause haben. Rädern dürfen nicht als Arbeitsräume benutzt werden. Wenn es sich ausschließlich darum handelt, fertige Waren zum Verkauf oder zum Versand herzurichten, dann darf dazu mit schriftlicher Erlaubnis des Gewerbeaufsichtsbeamten die Küche benutzt werden. Zur künstlichen Beleuchtung der Arbeitsräume soll möglichst elektrisches Licht dienen. Wenn Gas- oder Petroleumlicht benutzt wird, dann dürfen nur Hängelampen verwendet werden, die mindestens einen Meter höher als der Arbeitstisch hängen. Unter der Lampe muß ein Blechbehälter zum Auffangen auslaufenden Petroleum, herabfallender Funken, heißer Lampenteile usw. angebracht sein. Das Rauchen im Arbeitsraum ist verboten. Auf dem Arbeitstisch soll nur hohler Zellhorn liegen, wie zum ungeleiteten Fortgang der Arbeit erforderlich ist. Die übrigen Vorräte sind möglichst unter Verschluss in Kästen oder Schränken aufzubewahren, die nicht in der Nähe von offenem Licht oder von geheizten Eisen stehen. Die Abfälle dürfen nicht verbrannt oder in den Schutt geworfen werden. Sie sind so bald als möglich aus dem Arbeitsraum zu entfernen, in geschlossenen Blechkästen oder in außen mit Blech beschlagenen Partholzkästen aufzubewahren und

